

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Hauptkontor: Sebr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch den Postweg vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M. Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung. Anzeigenpreis: die 9-spaltige Nonpareilzeile 1.50 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 9-spaltige Melangezeile 4.50 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlieferung 20 Pf.

Nr. 42 Dresden, Freitag den 20. Februar 1920 31. Jahrg.

Der Präsident

Die Vereinigten Staaten von Amerika erleben jetzt ihre innere Krise. Seitdem der Präsident Wilson nicht eben als diplomatischer Sieger, aber mit Ehrungen und Geiseltenden überhäuft zurückgekommen war, hat sich das rechte Verständnis über ihn und den übrigen Organen der republikanischen Staatsgewalt nie wieder eingestellt. Noch immer hat Wilson die Ratifikation des Friedensvertrages nicht durchsetzen können, noch immer bedeutet die Einmischung in die europäischen Verhältnisse für ihn und sein Land nichts anderes als eine Quelle immer neuer Schwierigkeiten. Amerika hat in den letzten Monaten in den europäischen Fragen so sehr zurückgehalten, daß man noch immer nicht weiß, wie es mit seiner Stellung im Völkerbund und in der Wiedergutmachungskommission werden soll. Aber die einzige europäische Frage, für die sich Wilson noch interessiert, die Adriatische, hat in Konflikte nach außen und innen geführt, weil Wilson hartnäckig an dem jersischen Prinzip festhält, während das ganze Amerika offenbar nicht das geringste Interesse daran hat, ob diese Hafenstadt jersisch oder italienisch oder sonst irgend etwas ist.

Wilson ist über seine auswärtige Politik in harten Kämpfen zum Staatssekretär des Auswärtigen Lanfing geworden und hat diesen durch ein skroffes Tadel schreiben zum Rücktritt gezwungen. Der Vorgang ist auch in der Geschichte der Vereinigten Staaten vereinzelt, aber keineswegs ungewöhnlich, da die Regierung dort doch nur ein Werkzeug des gewählten Präsidenten ist und vom Vertrauen der Volksgewalt nicht abhängt. Es ist aber kein Wunder, daß die Amerikaner diesen Zustand, durch den sie sich von allen andern demokratischen Ländern unterscheiden, nicht sehr erbaulich und noch nicht sehr demokratisch finden. Nach den letzten Nachrichten aus Neuyork scheint es fast, als würde sich dort eine Veranlassung vorbereiten, die eher an die kaiserlichen Kaiserkronen von ehemals als an parlamentarisch-demokratische Verfassungen erinnert. Die Regierung scheint nicht geringen Widerstand zu leisten, als einen amerikanischen Abdul Daud zu betiteln, d. h. ihn einfach abzugeben und als Person freizulassen zu behandeln, der er ja möglicherweise sogar auch ist.

Wenn uns in Deutschland diese Vorgänge lebhaft interessieren, so spielen dabei außenpolitische Gesichtspunkte keine große Rolle wie innerpolitische. Das Verschwinden Wilsons von der politischen Bühne würde für Deutschland gewiß nicht sehr wenig ändern. Deso mehr Grund haben wir aber, uns den neuesten amerikanischen Erfahrungen für unsere junge Republik zu lernen.

Unsere Verfassung bietet bekanntlich in bezug auf die Stellung des Reichspräsidenten eine Verbindung des amerikanischen und des französischen Systems. In Amerika wird der Präsident in indirekter Wahl gewählt, er bestimmt die Richtlinien der Politik und ernennt die Regierung ohne Rücksicht auf das Vertrauen des Parlaments. In Frankreich wird der Präsident vom Parlament, Kammer und Senat in gemeinsamer Sitzung gewählt, er ist konstitutionelles Staatsoberhaupt und kann nur solche Regierungen ernennen oder absetzen können, die sich auf das Vertrauen der Kammer stützen können. Die Richtlinien der Politik werden nicht von ihm, sondern von der parlamentarischen Regierung bestimmt.

In Deutschland ist der erste Präsident von der Nationalversammlung gewählt worden, alle folgenden sollen aber laut Verfassung in direkter Volkswahl gewählt werden. Aber dieser vom Volk gewählte Präsident soll nicht selbstherrlich wie in Amerika, sondern konstitutionell wie in Frankreich sein, er ist bei der Bildung der Regierung an die Meinungen und Wünsche der Volkswahl gebunden, und nicht er bestimmt die Richtlinien der Politik, sondern der dem Reichstag verantwortliche Reichskanzler.

Nicht mit Unrecht ist gefragt worden, wozu man bei der Wahl des Reichspräsidenten den großen Apparat einer allgemeinen Volksabstimmung in Bewegung setzen soll, wenn der Gewählte dann eine so bescheidene konstitutionelle Rolle zu spielen hat wie die Verfassung sie ihm vorschreibt. Nicht zu Unrecht ist auch die Sorge geäußert worden, künftige Präsidenten könnten, auf die Wahlstellung gestützt, die ihnen die Volkswahl verleiht, dem Reichstag und der verantwortlichen Regierung gegenüber eine Rolle zu spielen versuchen, die der Verfassung nicht entspricht. Infolgedessen ist, besonders von demokratischer Seite, angeregt worden, man solle durch die Verabschiedung der Verfassung des Reiches über die Wahl des Reichspräsidenten das starre Verhältnis zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag beibehalten, das bei der Wahl des ersten Präsidenten bereits erfolgt ist.

In einer Verfassungsänderung gehört aber zweifellos die Wahl der Nationalversammlung, und es ist fraglich, ob sie aufzuheben sein wird. Sehr möglich wäre es, daß bei dieser Gelegenheit auch noch andere Wünsche nach Veränderung der Verfassung nach Berücksichtigung streben würden, die Nationalversammlung kann aber die am 1. August vorigen Jahres fertiggestellte Verfassung nicht zerstören, um sie wieder von Grund auf neu aufzubauen.

Untersuchung des Lanfing-Falles?

Washington, 19. Februar. Wahgebende Kreise verüben, der Regierung werde Maßnahmen anordnen, die die Wiederholung von Wahlskandalen wie der mit Lanfing in Zukunft unmöglich machen. Die persönlichen Freunde Wilsons erklären, der Präsident habe den notwendigen Wunsch, daß in seinem Konflikt mit Lanfing eine Untersuchung vorgenommen werde. In Regierungskreisen wird erklärt, daß der Präsident wünsche, daß Lanfing sein Amt niederlegen solle, um sich nicht einen Rücktritt einberufen zu lassen.

Wahrscheinlich bis auf den Marine-Sekretär Daniels wollen sich mit ihrem Kollegen solidarisch erklären. Nach einer Washingtoner Meldung des New York Times haben die Herzogin des Präsidenten Wilson unterlagt, den für geliebten angelegten Minister zu präferieren.

Northcliffe für Wilson

Frankfurt, 20. Februar. Aus London wird gemeldet: Meldungen der Northcliffe-Presse lassen vermuten, daß diese in der Adriatische Frage eher für den Präsidenten Wilson eintreten wird. Auch in den Vereinigten Staaten selbst soll Wilson nicht mehr so isoliert sein. Beachtenswert ist auch ein Artikel des Journal des Debats, der in der Adriatische Frage ebenfalls für den Präsidenten Partei ergreift und zugleich betont, daß die gegenwärtige Spannung nichts anderes sei als eine weitere Frucht der unheilvollen Geheimpolitik.

Ein sozialdemokratischer Redakteur ermordet!

Wien, 19. Februar. Der Chefredakteur des buda-pester sozialistischen Organs Nepszava, Genosse Somogyi, ist von der aus Ungarn bestehenden Bruchialgewalt (Weiße Scharen) ermordet worden. Er hatte am Montag in der Redaktion einen Artikel zur Abwehr von Angriffen des Ministerpräsidenten auf die Gewerkschaften geschrieben und war dann mit einem jungen Dichter namens Salko fortgegangen. Beide wurden nicht mehr gesehen. Ihre Leichen wurden jetzt aus der Donau gezogen. Sie weisen mehrere Wunden auf. Die Hüfte waren zusammengeklebt und die Hosen sahen mit Steinen beschwert. Somogyi war nicht Volksrechtler, sondern Rechtssozialist. Die Nepszava ist das altbekannte und hochangesehene Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Berlin, 20. Februar. Im Zuge der Wiederaufnahme der Sonderbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland wird orientiert, daß die Regierung bisher ausgereicht hat, um sich zu orientieren, wie sich die Sowjetregierung zu Deutschland stellt. Schwierigkeiten stehen insoweit entgegen, als England einen Druck auf Deutschland ausüben kann. Inland will, wie berichtet wird, die Beziehungen zu Deutschland nicht eher aufnehmen, als es die diplomatische Vertrete zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen worden ist. Die von Berliner Vätern vorbereitete Nachricht, Edward Bernheim werde an der Spitze einer Kommission nach Sowjetrußland reisen, wird als falsch erklärt. Inzwischen Berlin und Moskau haben keine Verhandlungen stattgefunden.

Bevorstehende parlamentarische Kämpfe

Berlin, 20. Februar. Nach dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung stehen große parlamentarische Auseinandersetzungen bevor.

Um das Allensteiner Land

Allenstein, 20. Februar. Am 19. Februar, mittags 12 Uhr, empfing der Reichskommissar des ostpreussischen Abstimmungsgebietes Reichler v. Geul die Allensteiner Kreisverwaltung. Der Reichskommissar hat seine Tätigkeit in drei sogenannte Departements eingeteilt, und zwar Inneres und Justiz unter Oberleutnant Bennett, Finanzen unter dem Franzosen Rodet und Verkehrsangelegenheiten unter Oberleutnant Lomas. Die Kommission hat sich von der zwingenden Notwendigkeit einer direkten Zugverbindung durch den polnischen Korridor nach dem Reich überzeugt. Oberst Lomas wird sich in diesen Tagen nach Warschau begeben, um auf Durchführung eines D-Zuges über Dirschau-Königsberg und eines anderen über Deutsch-Eulau-Thorn zu dringen. Die deutschen Ernährungsgehalte und Verordnungen behalten für das Abstimmungsgebiet Gültigkeit. Auch ist keinerlei Beschränkung für Ein- und Ausfuhr geplant.

Die polnische Gefahr

Warschau, 20. Februar. In Litzkiesel herrscht große Erregung, da beabsichtigt ist, die noch dort liegenden Truppen völlig zurückzuziehen. Die militärischen Kräfte reichen nicht einmal zu Wachtposten längs der Grenze aus. Nur die Einwohnerversicherung schützt die Stadt. Der Stadt droht polnische Belagerung, da die endgültige Grenze bei Litzkiesel nicht festgelegt ist. Der Reichswehrminister ist benachrichtigt. Aus Ostpreußen des schlesischen Ostpreußen-gebiets im Kreise Rastlau und Rothbartensberg kommen schwere Klagen über Bedrückungen

Belagerungen bevor. Nicht nur der Fall Graßberg, sondern auch die gesamte Politik der Reichsregierung wird die Parteien auf den Plan rufen. Wahrscheinlich werden die neuen Wahlen zum Reichstag heftige Auseinandersetzungen bringen.

Die unterburbene Fleischausfuhr

Hamburg, 20. Februar. Die amerikanische Fleischausfuhr ist infolge des Standes des Wechselkurses zum Stillstand gekommen. Hierdurch ist in Amerika ein starkes Fallen der Fleischpreise verursacht worden.

Ein Attentatsprogramm

Wien, 20. Februar. Das Deutsche Volkswort meldet aus Mailand: Bei dem mit sieben Genossen bei seiner Landung in Neapel verhafteten Kommunistenführer Angelotti wurde ein vollständig ausgearbeitetes Attentatsprogramm gegen fast sämtliche Staatsoberhäupter Europas vorgefunden. Die Namen der mit der Ausführung betrauten spanischen, italienischen, irischen und russischen Anarchisten sind in Händen der Polizei. Es sind durchweg Mitglieder der roten Hand.

Ueberführten im Kohlenbergbau

Berlin, 19. Februar. Im Laufe der Verhandlungen, die in Gegenwart des Reichskanzlers in Essen zwischen den Kohlenbergbauern und den Bergarbeitern über die Steigerung der Kohlenförderung stattfanden, wurde das nachstehende Abkommen getroffen: Es sollen wöchentlich zwei halbe Ueberführten verfahren werden. Als Entgelt hierfür erhält der Untertagearbeiter 100, der Uebertagearbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem erhalten die Bergarbeiter, die die Ueberführten leisten, für den Mann und Monat 12 Kilogramm Brot mehr und 4 Kilogramm Fett, und zwar zu den Preisen der zugeordneten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 28. Februar in Kraft und gilt vollständig bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einleiten. Ein Teil der mehrgeforderten Kohlen wird zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage benutzt werden. Die übrige Menge wird der Industrie und Landwirtschaft zugute kommen.

Eine Ueberfunde im sächsischen Kohlenbergbau

In Oelsnitz tagte am Sonntag eine Jahreskonferenz des alten Bergarbeiterverbandes im Bezirk Lugau. Sie beschäftigte sich unter anderem auch mit der Kohlennot. Dabei erklärte sich die Konferenz, wie aus einem Bericht der Chemnitzer Volkstimme hervorgeht, einstimmig mit dem Verfahren der achten Stunde einverstanden. Jedoch wünscht sie, daß der Zeitpunkt befristet und dieses für das Zwickauer und Lugauer Revier einheitlich geregelt wird. Weiter fordert die Konferenz, daß die Regierung auch die übrigen Werke, soweit sie produzieren, auffordert, zur Steigerung der Produktion mit beizutragen. Verhandlungen zwischen der Regierung und der Organisation über noch strittige Fragen sollen sofort eingeleitet werden.

Der Saarstaat

Saarbrücken, 20. Februar. Die Regierungskommission für das Saarbecken wird, autem Vernehmen nach, ihre Tätigkeit hier am 1. März aufnehmen. An diesem Tag übergibt der französische General Wirbal die oberste Verwaltung an die Regierungskommission und behält nur noch den Oberbefehl über die Besatzungstruppen. Alle Verordnungen werden vom 1. März an von dem Präsidenten des Hünferates, dem französischen Staatsrat Kault, erteilt. Das belgische Mitglied der Regierungskommission, Major (Kommandant) Lampert, war mehrere Jahre Attache der belgischen Gesandtschaft in Belgien, zuletzt zwei Jahre Militärattache in Berlin. Der Vertreter des neutralen Dänemark im Hünferat, Graf von Holten-Kleist, war früher Attache bei der dänischen Gesandtschaft in Berlin und hat sich während seines Aufenthaltes in Berlin mit einer Deutschen verheiratet.

Verhaftung von angeblichen Kriegsverbrechern

Die Pfalz-Zentrale meldet: Trotdem die französische Regierung in der Auslieferungstrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Beurteilung des sogenannten „Kriegsverbrecher“ von dem Reichsgericht in Leipzig vornehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der belgischen Anilin-Fabrik von Jankow wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls, ebenso wie der Schuhmann Duxler aus Ogersheim, der am 11. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert werden. Aus dem gleichen Grunde sind vorher schon fünf Deutsche verhaftet worden. Damit ist jeder frühere ungedeigte bei deutschen Beamten im besetzten Gebiet trotz dem eingetretenen Friedenszustand dauernd im Verzuge, wegen sogenannter „Kriegsverbrechen“ vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

Seite 8
nia-
de?
reitung
inkier
W. 14 200
Berliner
straße 9
an Str. 18
Lata 14.
weiter.
erfolgt, was
unmöglich ist.
iebe
eife
Stalin
40.
ing
ufm.
11.
tin
0 M.
5 M.
17 M.
tes Zinn
abmelde.
1754
m
Wort
falle
60 M.
str.
2, I.
te!
gebot!
haus